



Bundesministerium
für Verkehr, Bau
und Stadtentwicklung



NATIONALE
STADT
ENTWICKLUNGS
POLITIK



Nationale Stadtentwicklungspolitik:
Eine Gemeinschaftsinitiative von Bund,
Ländern und Gemeinden



Im Projektjournal auf den Webseiten der Nationalen Stadtentwicklungspolitik erfahren Sie regelmäßig Aktuelles aus den Pilotprojekten.

www.nationale-stadtentwicklungspolitik.de

Editorial



Gnoien, 50 km südöstlich von Rostock gelegen, ist mit 3.000 Einwohnern die kleinste Stadt, in der ein Pilotprojekt der Nationalen Stadtentwicklungspolitik angesiedelt ist. Wie durch ein Brennglas lassen sich hier Veränderungen beobachten, die über kurz oder lang auf zahlreiche Klein- und Mittelstädte außerhalb von Stadtregionen zukommen werden. Die Bevölkerung wird weniger und älter, das abnehmende Angebot an Arbeitsplätzen bedingt Umzüge in die wachsenden Großstadtregionen oder zumindest lange Pendelwege. Wie sieht es unter solchen Bedingungen mit dem sozialen Zusammenhalt der Stadtbewohnerinnen und Stadtbewohner* aus? Welche Strategien zum Umgang mit scheinbar überflüssig gewordener Bausubstanz sind denkbar? Wie können Bildungs-, Mobilitäts- oder Versorgungsangebote aufrecht erhalten werden? Das sind nur einige von vielen Fragen, die auch im Kontext der Nationalen Stadtentwicklungspolitik gestellt werden (müssen). Eine ganze Menge Pilotprojekte arbeitet daran: Anlass genug also, **stadt:pilot 03** den Themenschwerpunkt „Kleine Orte“ zu geben.

Noch kleiner als Gnoien (S. 4/5) sind die drei brandenburgischen Dörfer, die nach „Strategien zum Dorfumbau“ suchen (S. 16/17). Eine solche Strategie könnte ein klares inhaltliches Profil sein – das macht das rheinland-pfälzische Baumholder vor. Das Konzept „Energistadt 2020“ (S. 10/11) wurde entwickelt, als der Stadt eine tiefgreifende Strukturkrise drohte – mittlerweile ziehen immer mehr neue Partner mit. Energie ist ein Zukunftsthema für die Stadtentwicklung – und für die regionale Kooperation (S. 22). Warum die für die Zukunft von Klein- und Mittelstädten besonders wichtig ist und welche Initiativen dafür von der Bundesebene ausgehen, sind Fragen, die **stadt:pilot 03** Dr. Hans-Peter Gatzweiler vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Interview gestellt hat. Beispiele für das Denken über den Kirchturm hinaus und das Zusammenspiel von Stadt und Region werden ebenfalls gezeigt (S. 18/19, S. 23).

Kriterien für die Stadtwertschätzung werden derzeit in Görlitz/Dresden gesucht und dann in Crimmitschau, Plauen und Pirna getestet (S. 20/21). Die Dreiheit aus Stadt, Wert und Schätzung regt jedenfalls nicht nur Forscher zum Nachdenken an – z.B. darüber, dass es (nicht nur in Kleinstädten) noch andere Werte gibt als Immobilienpreise.

Einige solcher Werte stellen Publikationen vor, in denen Ergebnisse aus Pilotprojekten dokumentiert und Vorschläge gebündelt sind (S. 6/7). Meldungen (S. 13) und eine Terminübersicht (S. 26) zeigen einen Ausschnitt von dem, was in den Projekten in den nächsten Monaten geplant wird. Gelegenheit zum Austausch darüber wird der nächste Bundeskongress Nationale Stadtentwicklungspolitik am 27./28. September in Nürnberg bieten. Zu diesem Anlass erscheint **stadt:pilot 04** mit dem Thema „Starke Orte“ und dem Schwerpunkt Bauen und Umbauen.

* Im Folgenden werden aus Gründen der Lesegewohnheit und der sprachlichen Vereinfachung bei Personen die männlichen Substantivformen verwendet, wenn keine geschlechtsneutrale Formulierung möglich ist. Gemeint sind immer beide Geschlechter.



Wir sind Gnoien!

Bürgerschaftliches Engagement als Ressource der Stadtentwicklung

„We mokken dat tosammen!“, im Norden braucht man nicht viele Worte, um auf den Punkt zu kommen. „Wir“ und „zusammen“, damit ist der Kern des Projektes der Kleinstadt Gnoien bereits im Titel benannt. Denn hier geht es um nicht weniger als die Aktivierung des sozialen Miteinanders und um die Rolle der Bürger in der Stadtentwicklung.

Zukunft gestalten statt Schrumpfung erleiden

Vom Kirchturm aus reicht der Blick kilometerweit über die an den historischen Stadtkern anschließende, typisch mecklenburgische Landschaft aus Rapsfeldern, Pferdeweiden, Kleingärten, Wäldern, Alleen und den Flussauen der Warbel. Mit ca. 3.200 Einwohnern ist Gnoien das größte städtische Zentrum weit und breit. Jeder vor dem Schulabschluss stehende Jugendliche weiß, dass Ausbildung und Wegzug in Mecklenburg fast gleichbedeutend sind. Strukturschwäche, Abwanderung, demografischer Wandel: Über diese ohnehin kaum zu beeinflussenden Ursachen zu reden „ist inzwischen überflüssig“, wie der Bürgermeister Hans-Georg Schörner meint, es komme viel eher darauf an, sich offen damit auseinander zu setzen, wie im Jahr 2020 ein trotzdem lebenswertes Gnoien aussehen kann. Bislang fand diese Diskussion häufig hinter verschlossenen Türen von Politik, Verwaltung und Forschung statt. Klar ist jedoch, dass die Bewältigung dieser Aufgaben „von oben“ immer schwieriger und bürgerschaftliches Engagement in einer schrumpfenden Stadt immer wichtiger wird. Es ist dringend notwendig, Schrumpfung nicht im „Giftschrank“ zu verstecken. Nur so lässt sich das Vertrauen der Bürger sichern, ja auch wiederherstellen. Im letzten halben Jahr haben die beiden Projektleiterinnen Astrid Schör-

ner und Beate Voigt dazu beeindruckende 17 Workshops mit über 200 Teilnehmern veranstaltet, diverse Expertendialoge und unzählige individuelle Gespräche zwischen „Tür und Angel“ geführt. So intensiv wurde in Gnoien wohl noch nie über Stadtentwicklung diskutiert!

Der Weg ist das Ziel: Gesprächs- und Beteiligungskultur

Früher Nachmittag, Schulschluss an den Gnoiener Schulen, es herrscht viel Betrieb auf den Straßen der Altstadt. Frau Schörner wird von vielen Kindern und Jugendlichen begrüßt. Kein Wunder, schließlich haben viele von ihnen die Sozialpädagogin in den Workshops gut kennengelernt. In einem Handpuppen-Theater konnten sogar die Dreijährigen der Kita „Märchenland“ die Handlung mitbestimmen: Mehr Tiere, Bagger und ein Tunnel zum Verstecken würden Gnoien aus Kindersicht gut tun!

Wurde die Aktion in der Kita anfangs noch belächelt, so erwies sie sich im Nachhinein als der „Clou überhaupt“, so Frau Schörner. Denn Kinder sind die besten Multiplikatoren und so wurde in vielen Familien am Abend über die Erlebnisse in der Kita erzählt und auch das Interesse der Eltern geweckt. Das Interesse der Bürger an ihrer Stadt, aber auch ein Interesse

der Stadt an ihren Bürgern sollen neu belebt werden: „Egal ob es sinnvoll ist oder nicht, was Ihr erzählt, wir wollen es hören!“, so fasst Bürgermeister Schörner die Philosophie einer Stadtentwicklungsdiskussion zusammen, die weniger von externen Fachleuten als von den Bürgern bestimmt wird.

Der Projekttitle „We mokken dat tosammen!“ ist geradezu ein Weckruf mit der Aufforderung zum Mitmachen. Dass er dann auch noch „auf Platt“ formuliert ist, macht klar: Hier geht es um die ganz spezifischen Ideen der Gnoiener Bürger. Identifikation und auch emotionale Verbundenheit mit der Heimatstadt und -region spielen eine große Rolle.

Allgemeine Resignation und eine „Bringt doch alles nichts“-Grundeinstellung sind nicht selten. „Schon wieder so ein Projekt, aus dem nichts entsteht!“, diese verbreitete Ansicht gegenüber bisheriger Planung soll sich nicht verfestigen. Bewusst wird das Projekt „ganz von unten“ aufgezogen, auch wenn „wir noch nicht wissen, was am Ende dabei rauskommt“, wie der Bürgermeister zugibt. Das ergebnisoffene Projekt beschreitet damit einen ganz anderen Weg als das bereits vorhandene Regionale Entwicklungskonzept. Diese Konzepte sind zwar qualitativ gut, „haben aber mit dem Leben in Gnoien nichts zu tun.“

Eine neue Gesprächskultur hat mit diesem Projekt in Gnoien Einzug gehalten, die sich langsam aber spürbar auch im Alltag auszuwirken beginnt: Die Diskussion über Rollator-taugliche Pflasterung, Parken auf dem Marktplatz oder die zukünftige Organisation des traditionellen Mühlenfestes findet inzwischen auch auf der Straße statt.

Von Gnoienern für Gnoiener – lokales Engagement und Kompetenzen sind gefragt

Natürlich kommen ganz andere Dinge in einer vollkommen anderen Sprache zum Ausdruck, wenn die Schüler der Goethe-Grundschule oder die Rentner im Seniorenpflegeheim „Maria

und Marta-Haus“ über Stadtentwicklung sprechen, als wenn Verwaltungsspitze und Politik im Sitzungssaal des Amtshauses diskutieren. Frau Voigt und Frau Schörner verstehen ihre Rolle dabei auch ein Stück weit als „Dolmetscher zwischen Bewohnern und Politik“, denn oft muss man die versteckten Bezüge zur Stadtentwicklung erst aufspüren. Beispielsweise kommt in den Wünschen aller Altersgruppen nach Veranstaltungen, Kino, Konzerten und Treffpunkten stets die Schlüsselfrage der Absicherung des soziokulturellen Lebens zum Ausdruck. Es entstehen aber auch Ideen, auf die Experten so gar nicht kommen würden, wie etwa die großen Wiesen um die Altstadt herum im Winter zu überfluten und als Eisbahn zu nutzen. Neue Ideen, so schön sie auch sein mögen, treffen immer wieder auf das gleiche Hindernis: In Zukunft wird es eher um die Sicherung der bestehenden Angebote als um die Schaffung neuer Infrastruktur gehen. Statt eines öffentlichen Schwimmbades kommt also eher eine gemeinschaftlich gepflegte Badestelle am See in Frage. Auch bei diesen Projekten wird das Ehrenamt und die Aktivierung der Bürger für ihre eigenen Interessen eine Existenzfrage sein. Das Motto „We mokken dat tosammen!“ steht daher auch für die Übernahme von Verantwortung als gesellschaftliches Fundament, als organisatorische Basis zukünftigen Infrastrukturbetriebs und auch als „Stachel“ und Ansporn für die Verwaltung. Gut möglich, dass Gnoien mit diesem Projekt einen unschätzbaren Vorsprung erzielt, weil es mit der Aktivierung der Bürger eine Ressource erschließt, die langfristig nachhaltiger wirken kann als finanzielle Schlüsselzuweisungen. Dass diese Aktivitäten auch ganz unerwartete Auswirkungen haben können, zeigt das Interesse eines potenziellen Investors für ein Seniorenzentrum mit betreutem Wohnen, der durch einen Presseartikel auf dieses Projekt aufmerksam wurde. Die Intensität des sozialen Miteinanders und des Engagements der Bürger sind für solche Projekte eben auch ein echter Standortfaktor.



Ein Thema, zu dem jeder etwas zu sagen hat:
Wie kann ein für alle Generationen lebenswertes
Gnoien aussehen?



Nationale Stadtentwicklungspolitik: Gute Beispiele zum Nachlesen

Denkmalschutz hat stadtpolitische Bedeutung

Im Oktober 2009 kamen in Köln auf Einladung des Deutschen Städtetags (Partner der Nationalen Stadtentwicklungspolitik) etwa 120 Interessierte zur Fachtagung „Das Eigene entwickeln“ zusammen, um gemeinsam die zukünftige Bedeutung des Denkmalschutzes zu diskutieren. Klar wurde dabei: Denkmalschutz ist nicht allein konservierendes Element der Stadtentwicklung – er muss vielmehr als Möglichkeit verstanden werden, neue Entwicklungen in den Kontext lokaler Traditionen zu stellen. Auf der Kölner Tagung wurden das Förderprogramm „Städtebaulicher Denkmalschutz“, seine Ausweitung auf die alten Bundesländer und seine Bedeutung für die Stadt-

politik lebhaft diskutiert. Im Hinblick auf den ganzheitlichen Ansatz der Leipzig Charta von 2007 stellte man sich dabei auch entscheidenden Fragen der praktischen Umsetzung: Wie können Wachstum und Strukturwandel mit einer bewahrenden Stadtpolitik in Einklang gebracht werden? An welche Zielstellungen einer integrierten Stadtentwicklungspolitik ist Denkmalschutz geknüpft? Die Dokumentation der Veranstaltung gibt nun wichtige Anregungen für die weitere öffentliche Auseinandersetzung mit dem Thema und macht deutlich, wie Baukultur und andere Handlungsfelder der Stadtentwicklung in Bezug zueinander gesetzt werden können.

Deutscher Städtetag, Stadt Göttingen (Hrsg.): Das Eigene entwickeln. Bestellung telefonisch beim Deutschen Städtetag: 0221/3771277. Auch als Download unter www.staedtetag.de/10/schwerpunkte/artikel/00008/zusatzfenster70.html erhältlich



OPEN SCALE Magazin: Junge Ideen vorgestellt

„Gesucht sind Ideen für München, Ideen, die Fragen aufwerfen, die das klassisch Machbare überschreiten und neue Bewertungskriterien hervorbringen.“ Mit diesem Aufruf zum Wettbewerb OPEN SCALE 2009 wandte die Stadt München sich explizit an junge, interdisziplinär zusammengesetzte Teams. Insgesamt wurden 50 spannende Beiträge mit unkonventionellen Ideen eingereicht – etwa zur effizienteren Flächennutzung und Verdichtung, zu zukunftsweisenden Verkehrskonzepten und zur besseren Kommunikation der Stadtviertel untereinander. Mit dem 1. Preis ausgezeichnet wurde Agropolis München. Das Team entwarf Vorstellungen einer urbanen Landwirtschaft, die die Lebensqualität in der Stadt nachhaltig verbessern können. Stadtbaurätin Elisabeth Merk unterstreicht, dass das Grundanliegen des Wettbewerbs aufgegangen ist: „Viele der Beiträge offenbaren durchaus neue Perspektiven und Konzepte, mutige Thesen und unkonventionelle Antworten.“ Nachzulesen sind diese in einem umfassenden Magazin, das alle Einreichungen vorstellt und die außergewöhnlichen Ideen zusammenträgt. Außerdem werden die Beiträge vom 27.05.-01.08.2010 im Scharounsaal des Deutschen Architektur Zentrums, Berlin (www.daz.de) ausgestellt.

Landeshauptstadt München (Hrsg.): OPEN SCALE. young & local ideas, München 2009. Download unter www.zukunft-findet-stadt.de/openscale/presse.



Zivilgesellschaft in der Stadtentwicklung

Zum Thema Zivilgesellschaft in der Stadtentwicklung sind in diesem Jahr gleich zwei spannende Veröffentlichungen erschienen, die aus der Arbeit von Pilotprojekten hervorgegangen sind. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit hat sich intensiv mit der Aktivierung von Zivilgesellschaft in der sozialen Stadtentwicklung auseinander gesetzt. In dem vorgelegten Sammelband werden aktuelle Diskurse über die Rolle von Zivilgesellschaft und Gemeinwesenarbeit in sozial benachteiligten Stadtteilen zusammengeführt. Außerdem haben das Maecenata Institut an der Humboldt-Universität zu Berlin und das Institut für Stadt- und Regionalplanung an der Technischen Universität Berlin den Bezug von Stadtentwicklung und Zivilgesellschaft auf wissenschaftlicher Ebene untersucht. Die unterschiedlichen disziplinären Zugänge und Praxisberichte zeichnen dabei das facettenreiche Bild einer neuen Aufgabenteilung zwischen Zivilgesellschaft und Staat. Beide Publikationen entwickeln von ihrem jeweils eigenen Standpunkt aus interessante Perspektiven zu diesem Thema. Mit zahlreichen Praxisbeispielen und wissenschaftlichen Begriffsbestimmungen legen sie dabei wichtige Grundlagen auch für die politische Diskussion um die Weiterentwicklung von zivilgesellschaftlichem Engagement in der Stadt.

Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit e.V. (Hrsg.): **Zivilgesellschaftliche Netzwerke in der Sozialen Stadt stärken! Gemeinwesenarbeit und lokale Entwicklungspartnerschaften**, Bonn 2010

Becker, E.; Gualini, E.; Runkel, C.; Graf Strachwitz, R. (Hrsg.): **Stadtentwicklung, Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement**, Lucius & Lucius, Stuttgart 2010. ISBN 978-3-8282-0502-4

Bürgerschaftliches Engagement vorantreiben

Wenn Bürger sich für ihr Stadtquartier ehrenamtlich engagieren, erfüllen sie ihr Wohnumfeld mit Leben und schaffen ungeahnte Möglichkeiten. Warum wird dieses Potenzial nicht immer ausreichend genutzt? Oft fehlt der direkte Ansprechpartner für die Quartiersbewohner, vermutet die Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen Sachsen-Anhalt und bildet deswegen im Rahmen eines Pilotprojektes interessierte Anwohner in Halle, Bitterfeld und Magdeburg zu „Engagement-Lotsen“ aus. Diese motivieren, begleiten und vernetzen Freiwilligenprojekte und schaffen dabei langfristige bürgerschaftliche Strukturen. Um ihre vielen nützlichen Erfahrungen weitergeben zu können, haben die Engagement-Lotsen ihre im Rahmen der Ausbildung entwickelten Projekte in einer Broschüre zusammengefasst. Die Beispiele zeigen praxisnahe Arbeitsansätze auf und regen dazu an, auf diese Art auch an anderen Orten bürgerschaftliches Engagement zu stärken.

lagfa Sachsen-Anhalt e.V. (Hrsg.): **Engagement-Lotsen im Stadtteil. Bewohnerinnen und Bewohner machen sich für ihren Stadtteil stark**, Halle 2010, Bestellung telefonisch unter: 0345/6858795. Auch als Download auf www.lagfa.de erhältlich.

wohn.bau.kultur entwickeln

Ob Städtebau qualitativ überzeugen kann, hängt maßgeblich von der Gestaltung der lokalen Planungs- und Entscheidungsprozesse ab – und nicht allein von ordnungsrechtlichen Vorgaben im Bebauungsplan. Aus dieser Erkenntnis heraus haben die Städte Gütersloh und Rheda-Wiedenbrück im Rahmen ihres Pilotprojekts neue Strategien und Kriterien für qualitativ hochwertigen und nachfragegerechten Städtebau in der Region Ostwestfalen-Lippe erarbeitet. Sie sind dabei verschiedenen Frage-

Stadt Gütersloh (Hrsg.): **wohn.bau.kultur – Strategien für Ostwestfalen-Lippe**. Bestellung unter stadtguetersloh.stadtplanung@gt-net.de oder telefonisch: 05241/822367. Auch als Download unter www.guetersloh.de erhältlich.



stellungen nachgegangen: Was ist guter Städtebau? Welche Aspekte sind im Planungsprozess zu beachten? Wie lässt sich eine gute wohn.bau.kultur entwickeln? Die jetzt veröffentlichte Studie liefert wichtige Anregungen für die Entwicklung einer nachhaltigen Baukultur.



Mehr Ideen für weniger Menschen

Aktiv mit dem demografischen Wandel umgehen

Das Bundesinstitut für Bau-, Stadt und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung beobachtet und begleitet den demografischen Wandel schon lange. Abteilungsleiter Hans-Peter Gatzweiler erläutert die Strategien seines Hauses mit Bezug auf die Stärkung von Klein- und Mittelstädten.

Die Nationale Stadtentwicklungspolitik versteht sich als Initiative zur Stärkung der Zukunftsfähigkeit deutscher Städte. Hat sie dabei ein bestimmtes Bild von Stadt für das 21. Jahrhundert im Blick?

Sie richtet sich an Städte jeder Größenordnung und in jeder Lage: Die Stadtlandschaft in Deutschland ist ja von einer großen Vielfalt gekennzeichnet. Mehr als die Hälfte der Einwohner wohnen in Klein- und Mittelstädten. Sie vor allem stehen für die historisch gewachsenen und immer wieder bewiesenen Stärken der europäischen Stadt und bestimmen also das Bild – auch wenn Metropolen häufiger für bundesweite Schlagzeilen sorgen.

Haben Sie bei der Auswahl der Pilotprojekte darauf geachtet, dass die Klein- und Mittelstädte gut vertreten sind?

Wir haben uns im Projektausschuss – gerade bei der 2. Auswahlrunde – tatsächlich damit beschäftigt und darauf geachtet, zumal sie oft mit Schrumpfungproblemen konfrontiert sind. Die Schaffung von Erwerbsmöglichkeiten und die Sicherung von Einrichtungen und Leistungen der Daseinsvorsorge stehen hier im Mittelpunkt, also Aufgaben, die mehr oder weniger alle Handlungsfelder der Nationalen Stadtentwicklungspolitik berühren.

Der Begriff Daseinsvorsorge ist für alle, die nicht selbst damit befasst sind, etwas sperrig: Was genau gehört alles dazu? Vor allem die Versorgung mit öffentlichen Infrastruktur-

einrichtungen – Bildungseinrichtungen, Einrichtungen des Gesundheitswesens, Kultur- und Sporteinrichtungen, technische Ver- und Entsorgung und, ganz wichtig für ländliche Räume, Mobilitätssicherung, also die Zugänglichkeit und öffentliche Erreichbarkeit von Einrichtungen und Angeboten der Grundversorgung.

In welchen Pilotprojekten spielt das denn eine Rolle?

Eigentlich ist das zentral für alle Städte, die im demografischen und wirtschaftsstrukturellen Wandel stecken. Sie müssen sich im Klaren darüber sein, dass 40 % aller Klein- und Mittelstädte im Osten stark schrumpfen. Pilotprojekte wie das in Gnoien, die *Strategien zum Dorfumbau* oder die Kooperation von Wittstock und Pritzwalk haben erkannt, dass hier ein radikales Umdenken erfolgen muss. Den Kommunen ist klar, dass der hohe Ausstattungsgrad an Infrastruktur nicht ewig gehalten werden kann. Entwickelt man aber frühzeitig intelligente Ideen und innovative Ansätze, z. B. durch gemeinsame Nutzungen, sind das gute Perspektiven für die Zukunft.

Sind kleinere Kommunen denn von ihrer Personalausstattung her überhaupt in der Lage, innovative Ansätze zu entwickeln? Oft sind doch gerade noch die Pflichtaufgaben machbar.

Ich würde das nicht so sehr in Abhängigkeit von der quantitativen Ausstattung sehen. Was es braucht, sind Akteure, die den Mut und die Leidenschaft, aber auch das Durchhaltevermögen haben, Dinge in die Hand zu nehmen. Unterstützung von

außen durch Förderprogramme kann dann das ihrige dazu tun. Ich nenne bewusst jetzt mal zwei Beispiele, die nichts mit der Nationalen Stadtentwicklungspolitik zu tun haben: Der ehemalige Bürgermeister von Eggesin, Dennis Gutgesell, hat auch persönlich sehr viel dafür getan, dass sich die Stadt als „Kleinstadt für die 3. Generation“ neu definiert hat – und mit dem „Gemeinschaftszentrum Zeitbank e. V.“ ein wirklich innovatives Instrument nachbarschaftlicher Solidarität etabliert wurde. Genauso engagiert ist Frank Schwarzkopf, der Vorsitzende des Stadtvereins Weißwasser e. V., einer Stadt, die seit 1990 fast 50 % ihrer Bewohner verloren hat. Es müssen aber gar nicht immer Bürgermeister oder Vorsitzende sein – das sieht man bei der Nationalen Stadtentwicklungspolitik beispielsweise im Grebensteiner oder Bad Muskauer Pilotprojekt. Wichtig ist einfach, dass sich jemand kümmert – nur dann nützt finanzielle Unterstützung.

Lassen sich Kümmerer in Kleinstädten leichter finden als in Großstädten?

Das glaube ich nicht. Aber wenn man wie ich auf dem Land groß geworden ist, weiß man: Es ist hier leichter, ein Netzwerk zu knüpfen. Das romantische Kleinstadtbild, wo jeder jeden kennt, stimmt ja zum Teil. Es glückt oft auf kurzem Weg, neue Akteure an einer Sache zu beteiligen. Und vor allem findet man viel schneller heraus, wen man vielleicht noch begeistern und mitnehmen könnte.

Stichwort Kooperation: Mit Zusammenhalt innerhalb einer Kleinstadt lassen sich kaum alle Zukunftsaufgaben lösen. Nein, das ist richtig. Natürlich müssen wir viel stärker interkommunale und regionale Zusammenarbeit fördern und fordern. Innerhalb der Nationalen Stadtentwicklungspolitik haben wir ja schon ein Handlungsfeld, das feststellt: „Die Zukunft der Stadt ist die Region“. Und ich halte es für sehr wichtig, dass sich gerade in Sachen Daseinsvorsorge die lokale und die regionale Ebene verschränken. Das unterstützen wir auch mit zahlreichen Modellvorhaben der Raumordnung.

Für die Raumentwicklung in Deutschland sind 2006 Leitbilder verabschiedet worden. Welche Bedeutung haben die für die Zukunftsfähigkeit der Klein- und Mittelstädte? Auch für Städte außerhalb von Stadtregionen ist das

Leitbild „Wachstum und Innovation“ wichtig. Hier wollen wir Stärken stärken. Gerade für schrumpfende Räume sollen Entwicklungsperspektiven aufgezeigt werden. Ein zentraler Ansatz sind dabei die Stadt-Land-Partnerschaften. Hier wird gemeinsam Verantwortung für die Entwicklung der Region getragen. Um das Kirchturmdenken zu überwinden, braucht es starke Zugpferde, in der Regel die Oberbürgermeister, die die Partnerschaft in Schwung halten. Und inzwischen ist es oft so, dass Voraussetzung für den Zugang zu staatlichen Förderpöfpen die Vorlage eines gemeinsam erarbeiteten regionalen Entwicklungskonzepts ist.

Ein weiteres Leitbild heißt „Sicherung der Daseinsvorsorge“. Wie kann das eingelöst werden?

Das Thema ist zentral, wir haben ja anfangs schon darüber gesprochen. Es geht darum, intelligente Lösungen für gemeinsam genutzte Infrastruktur zu finden. Nicht jede Einrichtung kann an jedem Ort bestehen bleiben. Findet man aber einen kreativen Weg, wie die Einrichtungen der Nachbargemeinden genutzt werden können, ist das keine Einbuße an Wohn- und Lebensqualität. Nehmen wir noch mal das Pilotprojekt in Wittstock und Pritzwalk als positives Beispiel. Hier wird wirklich ernst gemacht mit der interkommunalen Abstimmung über Infrastruktureinrichtungen. Und wir sehen auch: Der Erfolg der Zusammenarbeit beruht zum großen Teil darauf, dass die Initiative dafür „von unten“, also direkt von den beteiligten Kommunen ausgeht.

Was können Bund und Länder tun, um solche Prozesse zu unterstützen?

Ein Ansatzpunkt ist natürlich die Städtebauförderung, in der speziell die Probleme von Klein- und Mittelstädten in ländlichen Räumen sicher stärkere Beachtung finden müssen. Wir haben mit dem Modellvorhaben „Demografischer Wandel: Region schafft Zukunft“ (Anm. d. Red.: vgl. S. 23) bereits in diese Richtung gearbeitet. Das neue Programm „Förderung kleinerer Städte und Gemeinden – Zusammenarbeit und Netzwerke“ soll nun vor allem die überörtliche Zusammenarbeit voranbringen. Weitere Ideen zur Stärkung der Klein- und Mittelstädte sind in Vorbereitung. Damit wird ein Leitziel der Nationalen Stadtentwicklungspolitik umgesetzt, nämlich die Städtebauförderung stärker an aktuelle Erfordernisse anzupassen.



Zur Person

Dr. Hans-Peter Gatzweiler ist Stadt- und Regionalforscher. Seit 1986 leitet er die Abteilung I – Raumordnung und Städtebau – im Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung.

„Mein jetziger Wohnort ist eine Mittelstadt. Aber auch den ländlichen Raum kann ich mir gut als Zuhause vorstellen – dort bin ich groß geworden und habe noch gute Kontakte dorthin.“

Kleinstadt mit großer Kompetenz

Baumholder lernt Energieeffizienz

Das letzte Mal so richtig in die Schlagzeilen geraten ist Baumholder 2004, als die Amerikaner laut darüber nachdachten, ihre Garnison zu schließen. 5.500 Soldaten, insgesamt 11.500 Menschen weniger – das hätten Stadt und Region kaum verkraftet. Von Kaufkraftverlusten in dreistelliger Millionenhöhe sprach die Politik – kein Wunder, dass selbst die britische BBC den Bürgermeister interviewen wollte.



Soviel Aufmerksamkeit hat die „Energistadt 2020“, wie es seit letztem Jahr an allen Stadteingängen zu lesen ist, noch nicht erregt. Aber nach dem Schock von 2004 hat Baumholder sich

ein neues Profil gegeben – und sowohl die amerikanischen als auch die deutschen Militärs ziehen dabei mit.

Klimaschutz und der sorgsame Umgang mit Energie sollen zum selbstverständlichen Handeln nicht nur der Politiker, sondern aller Baumholderer gehören – und die Stadt zum Zukunftslabor für Energieeinsparung, Effizienz und den Einsatz erneuerbarer Energien werden. Eine der treibenden Kräfte war dabei der Landrat des Landkreises Birkenfeld, der sich sowohl bei der Landesregierung in Rheinland-Pfalz für die Unterstützung des Projektes stark machte als auch Impulse für die Bewerbung als Pilotprojekt der Nationalen Stadtentwicklungspolitik gab. Michael Dietz von der Wirtschaftsförderung des Landkreises hat die Gemeinde daher nach Kräften unterstützt. „Das ist fast ein Hobby von mir geworden“, sagt er. „Mich treibt dabei die Vorstellung, dass Energie für die kleinen und mittelstädtischen Unternehmen der Stadt ein Zukunftsthema ist.“ Mittlerweile gibt es eine Menge Beispiele für einen neuen Umgang mit Energie in Baumholder: LEDs beleuchten die ersten kleinstädtischen Straßen, ein Kindergarten und eine Schule wurden energetisch saniert und seit kurzem hat die Verbandsgemeinde das erste Elektrofahrzeug im Fuhrpark. Das Beispiel macht deutlich, worauf Bürgermeister Peter

Lang vor allem setzt: auf die Vorbildfunktion. Die verknüpft der studierte Pädagoge mit einer regelrechten Bildungsoffensive in Sachen Klima und Energie: Schon im kommunalen Kindergarten gibt es jetzt ein Labor, in dem die Aller kleinsten an naturwissenschaftliche Zusammenhänge herangeführt werden. In der Grundschule und der Realschule Plus geht es weiter: In der 4., 5. und 10. Klasse gibt es jeweils Schwerpunkttage zum Thema Energie. Ziel des Gemeindeoberhauptes ist, dass es eines Tages in Baumholder eine Fachoberschule Umweltenergie gibt. Da hilft die Kooperation mit dem 20 Kilometer entfernten Umweltcampus Birkenfeld der Fachhochschule Trier.

Private Hausbesitzer sind eine wichtige Zielgruppe der Kommune, wenn es um Energieeffizienz geht. In der Modernisierungsrichtlinie für die Altstadt ist ein 25 %iger Zuschuss für energetische Sanierung vorgesehen. Das zieht: 400 Gäste gab es bei einer entsprechenden Informationsveranstaltung. Und in 36 Energieberatungen innerhalb eines Jahres konnten Experten von der Verbraucherzentrale detailliertes Know-How zum Thema vermitteln.

Die Baumholderer Stadtplanung kann Akzente in Sachen Energiegerechtigkeit in Altstadt und Neubaugebieten setzen – in den militärischen Siedlungsbereichen allerdings hat sie nichts zu sagen. Gut, dass auch die US-Streitkräfte und die Bundeswehr am Standort sich am Projekt Energistadt beteiligen. Vor allem die Pläne der US-Garnison sind ehrgeizig. „Mit einem neuen Holzhackschnitzelkraftwerk könnten wir demnächst 80 % unseres Strombedarfs aus erneuerbaren

Checkliste Energistadt 2020

- Auf Bildung setzen! Schon Schulkinder können lernen, dass der Strom nicht aus der Steckdose kommt und dass Ressourcen klug geplant werden wollen.
- Das Thema Energie in den öffentlichen Raum tragen! Straßenbeleuchtung mit LEDs oder energiesparende Sensoren machen sichtbar, worum es geht.
- Anschauungsobjekte schaffen! Ein Bild sagt mehr als tausend
- Worte. Und ein Rundgang durch ein energiegerecht saniertes Rathaus sagt mehr als ein Fotoalbum.
- Partner suchen! Ob regionale Versorger, große Arbeitgeber am Standort oder Banken: Erneuerbare Energien sind ein Thema, bei dem alle mitmachen können.
- Ans Eigeninteresse der Bürger appellieren! Wenn das Gefühl, etwas Gutes zu tun, alleine nicht reicht, motiviert die Aussicht auf mittelfristige Ersparnisse zum energiegerechten Umbau.



Energien beziehen“, sagt Sean Lambur, der für die Planung und Analytik am Standort zuständig ist. Möglich werden solche Investitionen, weil nach den Rückzugsplänen von 2004 mittlerweile das Gegenteil vorgesehen ist: die Amerikaner wollen den Standort langfristig stärken.

Von den Standards, die für die Soldaten vorgesehen sind, profitiert auch Baumholder. „Leadership in Energy and Environmental Design“ heißt ein amerikanisches Zertifizierungssiegel für nachhaltiges Bauen, und mindestens den Silberstandard sollen alle Neubau- und Sanierungsmaßnahmen im Zuständigkeitsbereich der Garnison erreichen. Bürgermeister Peter Lang ist davon angetan: „Das bringt die Energiestadt 2020 voran – und mit den Leitzielen Energieeffizienz und Nachhaltigkeit bekommt der Militärstandort ein Alleinstellungsmerkmal. Eine echte Win-Win-Situation.“

Auch Jürgen Muhr, den deutschen Kommandanten des Truppenübungsplatzes in Baumholder, konnte Lang davon überzeugen, die Energiestadt 2020 zu unterstützen. Wo immer möglich, wird nachhaltiger Umgang mit Ressourcen bei Maßnahmen auf dem Truppenübungsplatz groß geschrieben. Auch das Bundeswehrlager Aulenbach soll demnächst mit Biomasse geheizt werden – der CO₂-Ausstoß sinkt damit um fast 75 %. Ob es an der konsequenten Ausrichtung auf das Thema Energie liegt, dass die Militärs dem fast schon aufgegebenen Baumholder nun wieder Zukunft geben, kann Peter Lang auch nicht sagen. Aber der Berufssoldat ist fest entschlossen, den dienstlichen und privaten Austausch für das Projekt voranzutreiben.

Mit den vielen Projektideen für den zivilen Bereich hat er selbst noch genug vor: Nicht nur die Stadtplanung, sondern auch Ver-

und Entsorgung oder Mobilität und Verkehr bieten zahlreiche Möglichkeiten, die Vision „Energiestadt Baumholder 2020“ sichtbar zu machen. Die Realschule zum Beispiel wird bald eine „Null-Heizkosten-Schule“ sein. Die Aktivitäten der Stadt strahlen auch auf die Verbandsgemeinde aus: Ein veränderter Flächennutzungsplan ist in Auftrag gegeben, der die Nutzungsmöglichkeiten erneuerbarer Energien in den Ortsge-

Baumholder in Zahlen

Stadt: 4.000 Einwohner, 69,47 km² Gesamtfläche

Verbandsgemeinde: 10.000 Einwohner
in 14 Gemeinden, 137,36 km² Gesamtfläche

Amerikanische Streitkräfte:

12.000 Bewohner in 2 Kasernenkomplexen

Truppenübungsplatz: 11,6 km² Gesamtfläche

meinden auslötet. Das Engagement des Landkreises und der Stadt motiviert auch private Akteure, sich mit eigenen Ideen an der Energiestadt zu beteiligen – zum Beispiel mit einem System von Elektrofahrrädern als bequemer, energiesparender und kostengünstiger Alternative zum Autoverkehr. Und vielleicht gibt es bald ein Vorzeigevorhaben mitten in der Stadt: Hier wird das frühere Gasthaus und Hotel „Goldener Engel“ gerade zum Regionalmuseum umgebaut – einschließlich einer Demonstrationsheizungsanlage mit Pelletlager. Mit Veranstaltungs- und Seminarräumen hätte die Stadt damit einen idealen Ort, um ihre Kompetenz in Sachen Energie an Bürger und Gäste zu vermitteln. Michael Dietz vom Landkreis jedenfalls rührt schon heftig die Werbetrommel für das künftige „Lehr- und Lernzentrum Energieeffizienz“.



Peter Lang, ehrenamtlich Ortsbürgermeister und hauptamtlich Bürgermeister der Verbandsgemeinde Baumholder, treibt die Energiestadt 2020 voran. Was er privat dafür tut?

„1994 habe ich mir ein Haus gebaut, das die damaligen Möglichkeiten in Sachen Energiesparen konsequent ausgeschöpft hat. Und gerade habe ich eine Solaranlage auf dem Dach installieren lassen.“



Klein ist auch groß!

Von Kirchtürmen, Leuchttürmen und Scheinriesen.

Stephan Willinger ist Projektleiter Nationale Stadtentwicklungspolitik im Bundesinstitut für Bau-, Stadt und Raumforschung in Bonn. Kleinstädte sucht er vor allem zur Erholung auf: berufliche Stationen u. a. in Dortmund, Berlin, Wien und Düsseldorf weisen ihn als überzeugten Großstädter aus.

Kleinstädte in Deutschland – man denkt dabei schnell an romantische Gassen, friedliche Häuschen und beschauliche Wochenmärkte. So sieht das im Fernsehen immer aus und ist daher zum Lebenstraum von mehr als der Hälfte der Bundesbürger geworden. Doch wie immer ist das Leben komplexer als die Darstellungsformen, die dem Fernsehen zur Verfügung stehen. Denn auch kleine Städte sehen sich großen Problemen gegenüber und suchen nach Antworten auf den demografischen Wandel, auf die globale Konkurrenz, auf die Transformation des Einzelhandels. Geredet wird aber zumeist über die Großen, die urbanen Metropolen.

Neulich hatte mein Sohn eine Krise und beklagte lautstark sein Leid: zu klein, zu schwach, zu langsam, ... Ich versuchte ihn zu trösten, baute ihm sogar eine Höhle, in die nur kleine Menschen reinpassten. Am Abend kam er dann aber selbst auf die (Er-)Lösung. Als ich einen Freund anrufen wollte, bemerkte er stolz: Papa, Deine Freunde wohnen in Hamburg, Berlin und Zürich. Aber meine wohnen alle in Bonn! Und ging beruhigt schlafen. Das gab mir zu denken: Manchmal ist es nicht ganz einfach, klein zu sein. Aber im Grunde lebt es sich ganz gut damit. Alles ist irgendwie näher, dichter, überschaubarer. Sind wir Erwachsene nicht oft bloß „Scheinriesen“, die nur aus der Ferne groß

wirken, genau wie das bei Jim Knopf beschrieben wird?

Wenn man dies auf das Thema dieses Heftes überträgt, auf die Situation kleiner Städte, dann erscheinen diese in einem anderen Licht. Dann sind die viel diskutierten Großprojekte eher obskure Sonderlinge – und die wirklichen Innovationen vollziehen

sich im Alltäglichen. Kleinere Städte haben heute durchaus die Möglichkeit, sich als eigenständige Form zu behaupten. Ihre Chance besteht in etwas, das man mit dem Begriff „Sozialkapital“ erklären kann: Danach ist eine Stadt umso reicher, je stärker die Bürger in ehrenamtlichen Organisationen mitarbeiten und an Nachbarschaftstreffen teilnehmen. Genau hier besitzen die Kleinen – wie mein Sohn richtig festgestellt hat – entscheidende Vorteile. Die bauliche Dichte mag niedrig sein, die Dichte an Informationen aber ist hoch.

Und hoch ist auch die Identifikation mit der eigenen Stadt, ihren historischen Bauten, mit Natur und Landschaft. Aus dieser starken Ortsverbundenheit resultiert ein ausgeprägtes Verantwortungsbewusstsein und ein im Vergleich zu Großstädten messbar stärkeres bürgerschaftliches Engagement. Können Kleinstädte also zu Prototypen bürgerorientierter und nachhaltiger Stadtentwicklung werden? Ganz so einfach ist es wahrscheinlich nicht: Verkrustung ist hier ebenso möglich wie in Großstadtverwaltungen. Vielleicht aus anderen Gründen, jedoch mit ähnlichen Folgen: Misstrauen gegenüber Neuem, Lernunwilligkeit, mehr Reagieren als Agieren, Kirchturmdenken.

Kommunalpolitik muss gemeinsam mit den Bürgern neue lokale Konsense entwickeln, die über das Festhalten am Altbewährten hinausreichen. Nicht im Sinne einer Stadtpolitik als „Aufholjagd“, sondern zur Stärkung des „Besondere-Seins“. Dazu muss eine kleine Stadt erstmal bereit sein. Bei den Menschen ist ja das Experimentieren eine Spezialität der Kleinen. Eigentlich könnten auch kleine Städte öfter mal etwas ausprobieren. Sich dabei zusammensetzen – auch das kann sich bei den Kindern abschauen – schadet dabei selten. Dann kann mit vereinten Kräften Großes erreicht werden.



Guben/Gubin: Gemeinsam stark sein

Guben an der Neiße hat seit 1990 ein Drittel seiner Einwohner verloren – gemeinsam mit dem polnischen Gubin am anderen Neißeufer hat die Stadt nun die Initiative ergriffen, um der strukturellen Krise der Region grenzüberschreitend zu begegnen. Der Aufbau einer belastbaren Partnerschaft, die auf gemeinsame Entwicklung und Synergieeffekte setzt, ist nur mit einer gleichzeitigen Beteiligung der deutschen und polnischen Bürger möglich. Vier Stadtforen mit je 60–100 Teilnehmern, eine Bürgerbefragung und zwei Broschüren in 2009/2010 etablierten eine gemeinsame Plattform für den Austausch zwischen Bürgern, Verwaltungen, Vereinen, Schulen, Unternehmen und anderen Akteuren der beiden

Teilstädte. Wirtschaft, Bildung, sozialer Zusammenhalt und Stadtentwicklung sind die Themenfelder, in denen gemeinsame Strategien entwickelt werden. Die Städte Guben und Gubin schaffen – auch angesichts der besonderen Herausforderung eines zweisprachigen Stadtraums – eine Kommuni-



kationsgrundlage für eine grenzübergreifende integrierte Stadtentwicklungspolitik, die durch Aktivengruppen und eine Fortführung der Stadtforen weiter ausgestaltet werden soll.

Bad Muskau: Informationsnetzwerke einer Kleinstadt



In Kleinstädten kann man viel miteinander reden – braucht es da noch das Internet? Ja, sagen die Macher der „Bürger-Internet-Werkstatt“ in Bad Muskau. Das Netz schafft Mehrwert für die Daheim-

gebliebenen und informiert die Weggezogenen über das, was zuhause passiert. Die Informationsplattform stellt Ankündigungen und Berichte zur Verfügung und regt zum Meinungsaustausch über die Stadtentwicklung an. Die Zweisprachigkeit

der Plattform reflektiert dabei außerdem die Transnationalität des Stadtraums, denn wie Guben/Gubin versteht sich auch Bad Muskau/Leknica als grenzübergreifende Doppelstadt. Mit der Erprobung neuer Formen der e-Partizipation soll eine gleichberechtigte, offen zugängliche Beteiligung der Bürger an der Planung und Stadtentwicklung ermöglicht werden. Die „Bürger-Internet-Plattform“ untermauert die Tätigkeiten der Bürgerwerkstatt Bad Muskau, die mit regelmäßigen Bürgerforen, Workshops, Arbeitskreisen und einem 1. deutsch-polnischen Städteforum im Juni 2010 einen aktiven Beitrag zu einer bürgernahen und grenzüberschreitenden Stadtentwicklung leistet. www.buerger-badmuskau.de

Praxisbezogen forschen

Groß oder klein: Der demografische Wandel betrifft zahlreiche Kommunen in Deutschland. Wo das statistische Durchschnittsalter der Stadtbewohner deutlich über dem bundesdeutschen Wert liegt, werden die Folgen fühl- und sichtbar. Grund genug für die Schader-Stiftung, mit Unterstützung der Nationalen Stadtentwicklungspolitik auch die Auseinandersetzung von Hochschulen mit „alternden Räumen“ zu fördern. Wo ist der nächste Hausarzt? Gibt es eine Apotheke? Wie oft verkehrt ein Bus? Wie zugänglich ist er? Wie steht es um den Einzelhandel? Steht der Briefkasten an der richtigen Stelle? Diese und ähnliche Fragen untersuchten Studierende und Hochschullehrer von zwölf Hochschulen in praxisbezogenen Lehrforschungsprojekten. Fünf Vorhaben wurden von einer Jury ausgezeichnet – zwei Teams arbeiteten in Großstädten, zwei in Kleinstädten, und eine nahm eine Region im ländlichen Raum in den Fokus. Versorgung und Verkehr, Strategien für



eine alternde Kleinstsiedlung und eine Großsiedlung der 1960er Jahre, Überlegungen zur medizinischen Versorgung, Aufenthaltsqualität und Nutzbarkeit öffentlicher Räume: Die Bandbreite der Themen war groß. Und Initiatoren, Lehrkräfte und Planernachwuchs waren sich darüber einig, dass der Projektansatz für Kompetenzgewinn in Sachen eines wichtigen Zukunftsthemas gesorgt hat. www.alternde-raeume.de

Bevölkerung in ländlichen Gemeinden⁽¹⁾ 15,6 %
Bevölkerung in Kleinstädten 24,7 %
Bevölkerung in Mittelstädten 29,0 %
Bevölkerung in Großstädten 30,6 %

Großstädte (über 100.000 Einwohner) in Deutschland 77
Klein- und Mittelstädte (7.500 bis 100.000 Einwohner)⁽¹⁾ 2195

Luftbild: Neustadt an der Weinstraße 53.658 Einwohner

Erwachsene Deutsche, die am liebsten in einer Großstadt wohnen möchten 12,2 %
Erwachsene Deutsche, die am liebsten auf dem Land oder in einer Kleinstadt wohnen möchten⁽²⁾ 53 %

Wohnungsgröße in einer Großstadt 80 m²
Wohnungsgröße in einer Kleinstadt⁽²⁾ 99 m²

Einwohnerdichte in Neustadt am Rübenberge 127 Einwohner/km²
Einwohnerdichte in Mannheim⁽¹⁾ 2137 Einwohner/km²

SRL-Mitglieder in Köln⁽⁵⁾ 34
SRL-Mitglieder in 33 Pilotprojekt-Städten unter 50.000 Einwohnern⁽⁵⁾ 3

Anzahl Kita-Plätze je 100 Kinder im Amt Gnoien⁽⁶⁾ 91
Anzahl Kinderkrippen- und Kindergartenplätze je 100 Kinder in München⁽⁷⁾ 55

Arbeitsplätze in Großstädten 40 %
Arbeitsplätze in Kleinstädten⁽¹⁾ 19,3 %

Mitarbeiter im Bauamt der Stadt Vetschau/Spreewald⁽³⁾ 13
Mitarbeiter im Dezernat Stadtentwicklung und Bau der Stadt Leipzig⁽⁴⁾ 789

Arztpraxen für Allgemeinmedizin auf 100.000 Einwohner in Lauchhammer⁽⁸⁾ 23
Arztpraxen für Allgemeinmedizin auf 100.000 Einwohner in Nürnberg⁽¹⁾ 56

Mehrpersonenhaushalte in Großstädten ohne PKW 32 %
Mehrpersonenhaushalte in Kleinstädten ohne PKW⁽¹⁾ 18 %

Perspektiven fürs Landleben

Wenn die Bevölkerungszahl von Dörfern sinkt, braucht es neue Entwicklungsstrategien

Der demografische Wandel stellt den ländlichen Raum vor große Herausforderungen. In einigen Dörfern sind die Schrumpfungsprozesse mittlerweile nicht mehr aufzuhalten. Georg Balzer und Cordula Reichelt vom Planungsbüro Stadtlandprojekte führen im Pilotprojekt „Strategien zum Dorfbau“ drei Brandenburger Gemeinden mit unterschiedlichen Voraussetzungen, aber ähnlichen Problemstellungen zusammen.

Mut zur Bewegung

Neupetershain in der Niederlausitz ist einer dieser Orte. Seit 2001 hat die Gemeinde jedes Jahr etwa 40 Einwohner verloren. Das bleibt nicht ohne Folgen: 2010 soll die Grundschule geschlossen werden. Das Büro Stadtlandprojekte setzt mit seiner Arbeit bei diesen realen Gegebenheiten an und stellt den zunehmenden Leerstand in den demografischen Kontext. Die Prognosen, die zur künftigen Einwohnerzahl vorgelegt wurden, haben das Dorf „aus einem Dornröschenschlaf geweckt“, meint Horst Junge vom Bergbautourismusverein, der seit 52 Jahren in Neupetershain lebt. Wenn im Jahr 2030 nur noch etwa 1.000 der ehemals 3.000 Einwohner im Ort leben, muss jetzt umgedacht werden.

Im Rahmen des Pilotprojektes diskutieren die Bürger neue Nutzungsmöglichkeiten für die leerstehenden Gebäude und haben dabei zunehmend die langfristige Entwicklung ihres Heimatorts im Blick. Welche Nutzung ist nachhaltig? Wie lassen sich dauerhafte Perspektiven entwickeln? Die größten Schwierigkeiten bereiten meist die Nutzungskosten. Das Energieunternehmen Vattenfall, Betreiber des nahegelegenen Tagebaus, übernimmt zwar oft den Gemeindeanteil für Investitionen. Einen Nutzer, der auch die laufenden Kosten trägt, muss die Gemeinde aber selbst finden. Dabei wird der Tourismus als alleiniges Standbein nicht ausreichen.

Es soll nun ein Leitplan entwickelt werden, der den Bürgern Orientierung für die nächsten Jahre gibt. Ziel ist es, Neupetershain als soliden Wohnort zu erhalten. Die teilweise denkmalgeschützte Gebäudesubstanz zu bewahren, kann langfristig durchaus sinnvoll sein: Leerstehende Gebäude könnten zum Beispiel in Residenzen für Senioren umgebaut werden, die in dem friedlichen Ort ihren Lebensabend genießen wollen. „Man muss vielleicht einfach ein bisschen Mut haben, etwas zu bewegen!“, meint Horst Junge.



Neue Kriterien der Daseinsvorsorge

Ganz anders strukturiert ist Groß Pankow: Die Gemeinde in der Prignitz setzt sich aus 39 Einzelorten zusammen und nimmt eine größere Fläche ein als Großstädte wie Hannover oder Stuttgart. Dies bedingt hohe Festkosten in der Unterhaltung der Infrastruktur. Bei einer deutlich sinkenden Bevölkerungszahl stellt sich da oft die Frage: Lohnt sich das noch? Ist der teure Neubau einer Brücke, die den 50 Einwohnern von Klein Linde einen Zugang zur Bundesstraße ermöglicht, wirklich notwendig? Oder genügt eine Fußgängerbrücke?

Bürgermeister Thomas Brandt ist sich des Konfliktpotenzials solcher Fragen bewusst. Im Hinblick auf den demografischen Wandel muss die Gestaltung einer regionalen Versorgung jedoch offen diskutiert werden. Bei einem gemeinsamen Workshop aller drei Dörfer des Pilotprojekts im April 2010 gab dazu die Regionale Planungsgemeinschaft Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg einen wichtigen Impuls. In Sachsen-Anhalt hat man ländliche Gemeindestrukturen analysiert und dabei kenntlich gemacht hat, wo Schwerpunkte kommunalen Handelns zu setzen sind. Nach diesem Vorbild sollen auch in Groß Pankow Kriterien für eine nachhaltige Daseinsvorsorge entwickelt werden. „Das wird hart.“, ist sich Thomas Brandt sicher. Die Menschen in der Gemeinde nehmen seit Jahren eine zunehmend eingeschränkte Versorgungslage wahr. „Früher kamen hier fast täglich ein Gemüse- und ein Fleisch- und Fischhändler vorbei – heute nur noch der Bäcker.“, beschreibt die Anwohnerin Katja Martin die Situation. Busse fahren selten und meist nur an Schultagen. Für viele Besorgungen sind die Menschen völlig auf das Auto angewiesen. Ein gewisses Versorgungsniveau auch im ländlichen Raum ist für Thomas Brandt aber unverzichtbar: „Sonst wenden sich die Menschen irgendwann vom Staat ab – und von der Demokratie.“

Den sozialen Zusammenhalt stärken

Das Problem sinkender Einwohnerzahlen kennt auch Milmersdorf im Landkreis Uckermark. Die Menschen zogen in den 1960er Jahren hier her, weil sie im nahegelegenen Betonwerk arbeiteten. Nach der Wende verlor das Werk an Bedeutung: Mehr als zwei Drittel der Arbeitsplätze gingen verloren. „Die Jüngeren sind dann halt der Arbeit nachgezogen“, erzählt Klaus-Christian Arndt, Bürgermeister in dem heute 1.700 Einwohner zählenden Dorf. Die Milmersdorfer möchten nun verhindern, dass diese Entwicklung die ausgeglichene Altersstruktur zerstört. Alte und junge Menschen sollen im Ort zusammen leben.

Wie bereichernd dieser Austausch zwischen den Generationen sein kann, weiß Elke Haufe vom Haus Karolina. Sie hat in leerstehenden Räumlichkeiten der Kindertagesstätte betreutes Wohnen für ältere Menschen eingerichtet. Die Nähe zu den Kindern war ihr von Anfang an wichtig: „Wir haben sofort einen Kooperationsvertrag mit der Kita geschlossen.“ Die Kinder kommen die Älteren regelmäßig besuchen, singen zu Festen und freuen sich auf das jährliche Ostereiersuchen im Garten der Senioren. Dabei entwickeln sie einen sehr sensiblen Umgang mit den Älteren. Denen merkt man die Freude deutlich an. Die Wohnungen im Haus Karolina sind mittlerweile so begehrt, dass Haufe in diesem Jahr ausbauen musste. Aber auch die Zahl der Anmeldungen in der Kita ist wieder gestiegen. Solche Tendenzen freuen Bürgermeister Arndt. Er sieht zum Rückbau von Wohnbestand zwar langfristig keine Alternative, möchte den sozialen Zusammenhalt aber trotz allem erhalten: „Wir müssen enger zusammenrücken.“ Mithilfe der Förderung als Pilotprojekt können Georg Balzer und Cordula Reichelt den drei Dörfern Hilfestellungen und Anregungen geben können. Temporär werden sie zu „Kümmerern“ – die langfristigen „Strategien zum Dorfumbau“ müssen von den Anwohnern selbst entwickelt werden. Eine intensive Auseinandersetzung mit der Situation vor Ort führt dabei zu neuen Handlungsansätzen, die Gemeinden in ähnlicher Situation adaptieren können. So gibt das Projekt wichtige Impulse für eine nachhaltige Entwicklung im ländlichen Raum.



Kaum noch Grundschüler in Neupetershain – der frisch sanierte Schulbau braucht eine neue Nutzung

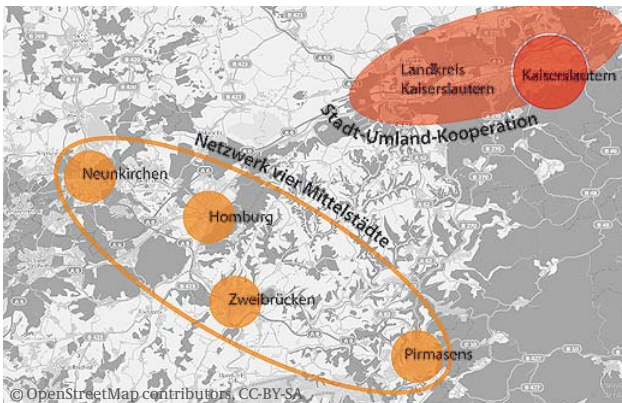


Engagierte Diskussion unter Einwohnern - damit auch Jugendliche Perspektiven haben

Aufgaben teilen und Ressourcen bündeln

Wie Kommunen und Regionen zusammenarbeiten

Wissenschaftlich begleitet, im moderierten Prozess oder öffentlich-privat organisiert: Die Wege zur regionalen oder interkommunalen Kooperation sind vielfältig. Die Perspektive von Klein- und Mittelstädten ist dabei eine andere als die der großen Zentren. Drei unterschiedliche Ansätze werden hier vorgestellt: Der Lehrstuhl Stadtplanung der TU Kaiserslautern will gemeinsam mit Partnern aus der Region Konzepte und Ansätze für interkommunale und stadregionale Kooperation entwickeln. Die Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung initiierte als Geschäftsstelle des kommunalen Nachbarschaftsforums einen moderierten Dialog zur Stadt-Umland-Kooperation. Und in der Region Ingolstadt bemühen sich öffentliche und private Akteure gemeinsam darum, ein umfassendes Handlungskonzept zur Stärkung der Region umzusetzen.



Über den Kirchturm hinausgedacht

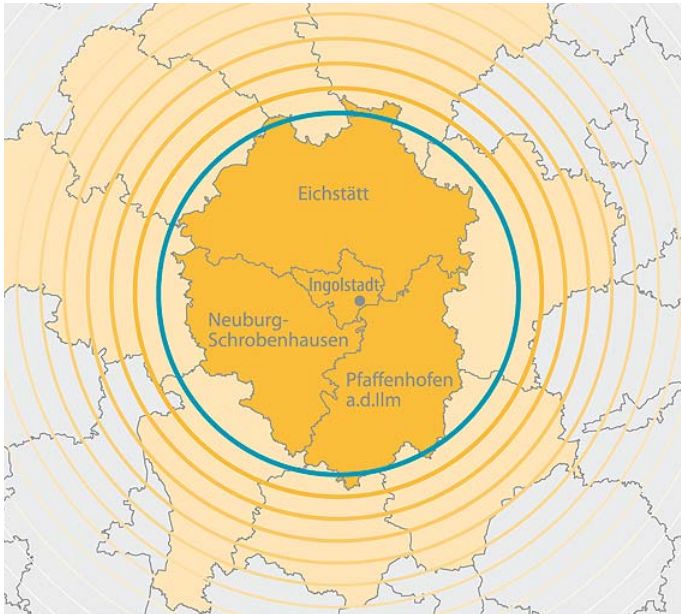
Sonntags fällt es einem leicht, die Vorzüge interkommunaler Kooperation zu benennen: gemeinsame Lernprozesse, effiziente Nutzung von Infrastrukturen, Bündelung der Kräfte und, nicht zu vergessen, die Synergieeffekte. Montags tauchen dann leider oft die weniger schönen Dinge auf. Abstimmungen zur Siedlungsentwicklung, zur Ansiedlung von Gewerbe und zum Unterhalt der Infrastruktur fallen nun mal nicht leicht, zu groß ist oftmals die Konkurrenz um Einwohner, Betriebe, Arbeitsplätze. Bei den heißen Kooperationseisen, bei denen es um nichts anderes als ein Aushandeln der Verteilung von Kosten, Nutzen und Lasten geht, rückt der eigene Kirchturm schnell wieder ins Zentrum kommunalen Handelns.

Rheinland-pfälzische und saarländische Kommunen wollen die Zusammenarbeit dennoch angehen und überlegen, wie sie ihre Entwicklung im Mit- statt im Nebeneinander gestalten können – ohne dabei die Tatsache kleinzureden, dass der Weg manchmal holprig sein kann. Initiiert vom Lehrstuhl Stadtplanung der TU Kaiserslautern haben sich zwei Kooperationsbündnisse gebildet. Das erste umfasst die Mittelzentren Homburg,

Neunkirchen, Pirmasens und Zweibrücken, das zweite die Stadt Kaiserslautern und den gleichnamigen Landkreis. Erste Erkenntnis: Interkommunale Kooperation muss „von oben“ gewollt sein. Je nachdrücklicher die Oberbürgermeister Kooperationen anschieben und in Schwung halten, umso leichter lassen sich Differenzen überbrücken. Nun geht's in die praktische Phase der Zusammenarbeit: die Mittelstädte haben verabredet, das Thema „Qualifizierung“ zum Schwerpunkt zu machen. Verschiedene Initialprojekte sollen Wege aufzeigen, wie man das Ausbildungsniveau steigern und qualifizierte Arbeitskräfte in der Region halten kann. Das Stadt-Umland-Bündnis Kaiserslautern will, zunächst ein gemeinsames Leitbild „(Stadt-)Region der Technologie“ erarbeiten. Ermutigt durch den Erfolg der ersten Zeit blicken die Kommunen in die Zukunft. Weitere Kooperationsfelder hat man schon ausgemacht und traut sich auch an Themen heran, die in der Vergangenheit eher konfliktbelastet waren. Interkommunale Kooperation heißt demnach also: den eigenen Kirchturm in den regionalen Kontext setzen.

Gemeinschaft stiften als Vereinsziel

Die Initiatoren der INITIATIVE REGIONALMANAGEMENT Region Ingolstadt e. V. begreifen die Region als „Motor der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung“. Um so einen Motor auf Touren zu bringen, braucht es eine Menge Einzelteile – und einen Plan, wie die zusammengesetzt werden. Gut, dass neben der Stadt Ingolstadt, den Landkreisen Eichstätt, Neuburg-Schrobenhausen und Pfaffenhofen a.d. Ilm auch die Unternehmen AUDI AG, BAUER AG, EADS, EDEKA und Media-Saturn daran mitarbeiten. In diversen Expertengruppen debattieren über 70 Akteure an Themen, die die Region als wichtig definiert hat. Den



Plan haben alle gemeinsam erarbeitet – er besteht in einem Handlungskonzept, das über 100 mögliche Projektansätze definiert. Um die Vielfalt der Region nicht zur Beliebigkeit werden zu lassen, wurden sie vier Handlungsfeldern zugeordnet, die zu den strategischen Zielen passen: Das sind Wirtschaft, Bildung und Wissenschaft, Lebensqualität und Wahrnehmung der Region.

Als Grundlage für ein effektives Regionalmarketing wird eine Dachmarke entwickelt, die Klammer für alle Aktivitäten sein kann. Dazu zählen touristische Projekte – auf die sich unterschiedliche regionale Akteure fast immer leicht verständigen können – ebenso wie die Analyse der Pendlerströme in der Region oder die Auseinandersetzung mit Arbeitsplatzangeboten und erforderlichen Qualifikationsprofilen, Bildung und Wissenspotentialen. Alle Bausteine ordnen sich dem gemeinsamen Ziel der Politiker, Verwaltungsspitzen und Unternehmer unter, den spezifischen Mix aus Traditionsverbundenheit, Technikaffinität und Innovationswillen zum Ingolstädter Markenzeichen zu machen. Die Kooperation von Unternehmen und Gebietskörperschaften in Sachen Region ist dabei ein Garant für handfeste Produkte – wie z. B. ein Radtourenbuch, das in diesen Tagen auf den Markt kommen soll.

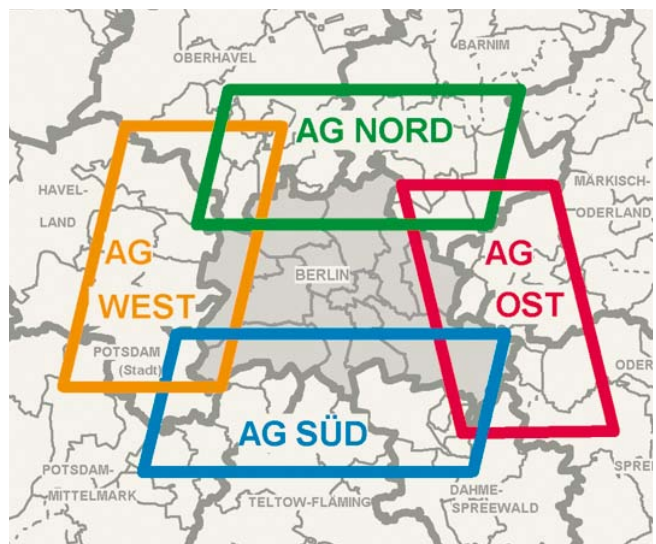
Zusammenarbeit neu organisieren

Das Kommunale Nachbarschaftsforum Berlin-Brandenburg (KNF) gibt es seit fast 15 Jahren. Der neue Landesentwicklungsplan Berlin-Brandenburg war Anlass, die bisherige Arbeit gemeinsam auszuwerten und zu überlegen, ob und wie man Veränderungen vornehmen möchte. Für die Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung als Trägerin der Geschäfts-

stelle ist das ein komplexes Unterfangen: neun beteiligte Berliner Bezirke, 73 Gemeinden, Städte, Landkreise und regionale Planungsgemeinschaften, dazu weitere Behörden, Institutionen und Vertreter regional bedeutender Organisationen müssen sich im KNF wiederfinden. Dabei ist Fingerspitzengefühl gefragt, denn der grundsätzliche Charakter des Forums als freiwilliger Zusammenschluss soll natürlich unbedingt erhalten bleiben. Derzeit arbeitet das Forum in vier geografisch strukturierten Arbeitsgemeinschaften. Die schematische Teilung in Ost, Süd, Nord und West macht die Bearbeitung bestimmter Themen allerdings schwierig. In einem moderierten Dialog debattieren die Teilnehmer am KNF deshalb über die Form ihrer Zusammenarbeit und über die Inhalte, die ihnen wichtig sind. Schnell wurde klar, dass man sich von den erfolgreich erprobten Strukturen nicht ohne weiteres

verabschieden will. Auf der anderen Seite soll die geografische Teilung zumindest partiell überwunden werden, um die Umsetzung gemeinsamer Projekte besser zu ermöglichen und die Öffentlichkeitsarbeit des Forums zu erleichtern.

Themen für die gemeinsame weitere Arbeit gibt es genug: zu potentiellen (Raum-)Nutzungskonflikten durch regenerative Energieerzeugung und zum Thema „Wasser verbindet uns alle“ wurden bereits Projektarbeitsgruppen eingerichtet. Zentren und Einzelhandel, Radwegekonzeption und Lärmaktionsplänen sind weitere Anliegen, mit denen sich die Akteure beschäftigen wollen. Struktur und Inhalt sind den Berlinern und Brandenburgern also gleichermaßen wichtig – denn dass der Blick über den eigenen Kirchturm hinaus alle vorwärtsbringt, haben sie in den letzten Jahren bereits gelernt.



Stadtbaukultur auf Augenhöhe

TRINITAS entwickelt Stadtwertspiegel

Natürlich spielen in Stadtumbauprozessen wirtschaftliche Gesichtspunkte eine gewichtige Rolle. Es müssen finanzielle Investitionsentscheidungen getroffen werden: Ganz gleich, ob Aufwertung oder Rückbau – Geld kostet es in jedem Fall. Die Macher des Pilotprojekts „TRINITAS Stadt-Wert-Schätzung“ beobachten mit Bedauern, dass diesen Entscheidungen oft rein ökonomische Kriterien zugrunde gelegt werden – eine zu einseitige Perspektive.

Ratings kennen wir vor allem aus dem Banken- und Börsenbereich, aber auch für Städte und Stadtteile sind sie beliebt. In diversen Studien wird die Aussicht des Immobilienstandorts oder das wirtschaftliche Entwicklungspotenzial von Städten bewertet, mal mehr, mal weniger wissenschaftlich fundiert. Nun möchte auch TRINITAS den Wert von Stadt ermitteln – und doch etwas ganz Anderes sein als konventionelle Ratings. Das Pilotprojekt will den ökonomischen Bewertungsrastern baukulturelle Werte entgegensetzen und erreichen, dass diese beim Stadtumbau stärker berücksichtigt werden. Aber wie ermittelt man den Wert des Städtischen, der sich nicht auf (harte) finanzielle Kriterien beschränkt, sondern auch (weiche) baukulturelle Faktoren berücksichtigt?

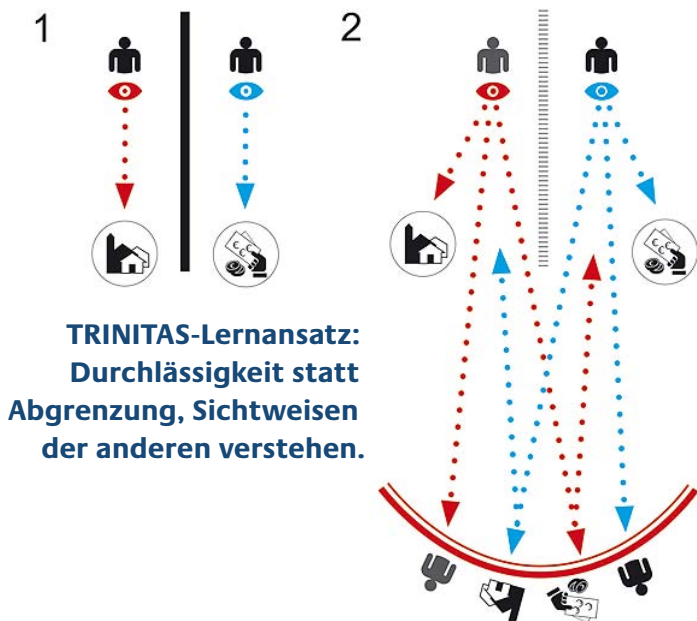
Eine Reise zu TRINITAS führt an den östlichen Rand der Republik ins Görlitz Kompetenzzentrum Revitalisierender Städtebau. An dieser Einrichtung forschen Prof. Dr. Jürg Sulzer und sein Wissenschaftlerteam seit einigen Jahren zu Fragen des Stadtumbaus. Gemeinsamer Such- und Zielpunkt

der Aktivitäten: ein Stadtumbau, der sich nicht simplen Schrumpfungslagen fügt, sondern neue städtische Qualitäten hervorbringt. Besonders im Fokus der Wissenschaftler ist der Städtebau der Gründerzeit. Schon mit ihrem ersten Pilotprojekt der Nationalen Stadtentwicklungspolitik, dem „Probewohnen“ in Görlitz, haben sie auf die Qualitäten der Gründerzeitquartiere aufmerksam gemacht. In dieser Forschungstradition steht auch TRINITAS.

Der Titel ist Programm und bezieht sich auf den Dreiklang Stadt – Wert – Schätzung. Diese drei Begriffe laden zu Wortspielereien ein, die die Zielrichtung des Projekts anzeigen. „Stadtwert“ und „Wertschätzung“ stecken zum Beispiel darin. Vor allem letzteres deutet an, dass Werte und die Tätigkeit des Bewertens nicht auf ökonomische Kriterien beschränkt sein müssen. Bei einer wertschätzenden Betrachtung der Stadt schwingen Achtung vor und respektvoller Umgang mit gewachsenen Strukturen mit.

Der Immobilienpreis ist nicht alles

Einleuchtend und doch nicht ganz einfach vorzustellen, was das sein und wie das gehen könnte. Sulzer nennt Beispiele: Nehmen wir ein halb verfallenes Haus, für sich betrachtet hat es keinen (Verkaufs)Wert mehr. Das Interesse, in Sanierung zu investieren, dürfte gering sein. Möglicherweise hat diese Halbruine aber für das sie umgebende Umfeld eine wichtige Funktion, vielleicht markiert sie die Erkennbarkeit eines städtebaulichen Ensembles. Baukulturell gesehen hätte sie daher einen hohen Wert. Spinnen wir den Gedanken weiter: Vielleicht bietet dieses Haus einen großzügigen Hinterhof, der von umliegenden Anwohnern gemeinschaftlich genutzt wird, vielleicht ist sein Ladenraum im Erdgeschoß noch nutzbar und jemand hat sich eine kleine Werkstatt darin eingerichtet. Diese Nutzungen werfen kaum Gewinn ab, stellen aber soziale Werte dar, da sie für den nachbarschaftlichen Zusammenhalt im Quartier enorm wichtig sind.



TRINITAS legt also der Wertermittlung von städtebaulichen Ensembles, Quartieren und Stadtteilen vielschichtige Perspektiven zugrunde, um einseitige Bewertungslogiken zu durchbrechen. Interdisziplinarität ist dabei ein wichtiger Anspruch – die eine Wahrheit zu postulieren wäre vermessen, zumal Werte sich ja auch wandeln können. Was TRINITAS in Gang setzen möchte, ist ein Abwägungsprozess, in dem viele Stimmen zu Wort kommen. Werte sollen im Diskurs ermittelt und abgewogen werden. Auf diese Weise wird die Transparenz für Entscheidungen im Stadtumbau erhöht.

Damit ist auch klar, dass TRINITAS nicht in einer wissenschaftlichen Abhandlung zur Baukultur endet. Praxisbezug ist oberstes Gebot der Arbeit des Projektteams. In einem sogenannten Stadtwertspiegel werden die Kriterien zur Wertermittlung erfasst und zu einem Leitfaden aufbereitet. Einfach lesbar soll der Leitfaden sein und Argumentationshilfen für die öffentliche Verwaltung im „Stadtumbaualltag“ bieten.

Um das zu erreichen ist allerdings noch eine Menge wissenschaftlicher Tüftelarbeit zu leisten. In einem Forschungsprojekt wie diesem sind offene Suchbewegungen in verschiedene Richtungen notwendig.

Stadtwertspiegel im Praxistest

Derzeit arbeiten die Wissenschaftler daran, die „anderen“, nicht-finanziellen Werte zu identifizieren, zu operationalisieren und damit handhabbar zu machen. Dann geht's ins Labor, allerdings ohne Reagenzglas und Erlenmeyerkolben. Die Stadt selbst ist der Versuchsraum, in dem die entwickelten Kriterien einem ersten Praxistest unterzogen werden. Für diesen Test sind Crimmitschau, Pirna und Plauen ausgewählt – drei ostdeutsche Mittelstädte, die exemplarisch für die von TRINITAS anvisierte Zielgruppe stehen. Hier vermuten die Wissenschaftler den größten Bedarf und die größte Wirkung ihrer Arbeit. Viele Mittelstädte verfügen über Quartiere aus der Gründerzeit, die ein großes Potenzial zu Stadtentwicklung bieten. Und dieses Potenzial wird zu wenig genutzt, weil es – und da sind wir wieder beim Ausgangspunkt des Projektes – durch eine rein monetäre Wertermittlung eben nicht zu fassen ist. Und noch etwas Anderes kommt hinzu: Während sich in Großstädten meist eine gut ausgestattete Stadtentwicklungsverwaltung im Verein mit zivilgesellschaftlichen Gruppen für den Erhalt von Stadtbaukultur im trinitatischen Sinne einsetzt, sind solche Stimmen in den Mittelstädten nur schwach zu vernehmen. Diese Stimmen im Konzert der Interessen sind es, die TRINITAS mit seiner Arbeit stärker machen will.

Dabei scheut man nicht den Kontakt zur Wirtschaft, im Gegenteil: Einen engen Projektpartner hat man in der Sächsischen Aufbaubank gefunden. In Sachen Finanzierung spielt diese für die Stadtentwicklung sächsischer Kommunen eine zentrale Rolle. Es geht also nicht um ein Kräftemessen zwischen Finanzwelt auf der einen und baukulturellen Schönggeistern auf der anderen Seite. TRINITAS will andere Perspektiven eröffnen und Horizonte erweitern. Nur so lassen sich neue Ideen und Impulse für die Zukunft der ostdeutschen Mittelstädte, in denen Stadtentwicklung wahrlich kein Selbstläufer ist, generieren. Jürg Sulzer fasst es so zusammen: „Wir werden nicht die ökonomischen Rahmenbedingungen dieser Gesellschaft auf den Kopf stellen, aber wir möchten erreichen, dass Baukultur auf Augenhöhe mit der Wirtschaft diskutiert wird.“



Energiegeladen:

Vier Kleinstadtprojekte zum großen Thema Klimaschutz

CO₂-Bilanz, Erneuerbare-Energien-Gesetz, Biogas und Passivhaus – seit der Klimawandel ganz oben auf der Tagesordnung steht, ist eine Menge neues Fachwissen gefordert. Das Thema berührt dabei nahezu alle Handlungs- und Wissensfelder, von der Haustechnik über Landschaftsplanung und Rechtsprechung bis zur Betriebswirtschaft. Viele Fäden laufen in den Kommunen bei der Stadtentwicklung zusammen. Eine enorme Herausforderung, die zusätzlich zum Alltagsgeschäft zu bewältigen ist: Wie sollen gerade kleine Kommunen das überhaupt leisten können? Vier Pilotprojekte zeigen hier individuelle und doch oft übertragbare Wege auf.



Wirksamer Klimaschutz ist die Summe vieler Einzelbeiträge. Welche Stellschrauben für eine insgesamt klimafreundliche Stadtentwicklung bewegt werden müssen, will das Kommunale Klimaschutz-Aktions-

programm im niedersächsischen Neustadt am Rübenberge als Modellprojekt für die Region Hannover zeigen. Klimaschutz wird in diesem Projekt über das Thema erneuerbare Energien und Wärmedämmung hinaus um seltener berücksichtigte Aspekte erweitert. Auch Landwirtschaft, Tourismus, Siedlungsentwicklung und Mobilitätsverhalten sollen im Sinne eines integrierten Programms zum Klimaschutz beitragen.

Zum Klimaschutz macht ein Regionales Energiekonzept, wie es für die Städte Vetschau/Spreewald, Burg (Spreewald) und Lübbenau/Spreewald rund ums „Spreewalddreieck“ entstehen soll, viel Sinn: Zum einen sind Energieerzeuger und Versorgungsunternehmen als wichtige Partner regional aufgestellt, zum anderen bietet die Region besondere Innovationsspielräume: So soll bei der Kulturlandschaftspflege des Spreewalds anfallende Biomasse für die Energieerzeugung aus Biogas genutzt werden. Regionale, dezentrale Energieinfrastrukturen sind hier erforderlich, um wirtschaftliche und energetische Nachhaltigkeit zu erzeugen.



Kommunikation, Vernetzung und Interessenausgleich sorgen immer für ein gutes Klima! Beim Kommunalen Energie- und Ressourcen-Management der bayrischen Kleinstadt Altötting steht die Kommunikation mit den Verbrauchern im Mittelpunkt. Auf der Webseite www.klima-altoetting.de können Immobilieneigentümer und Mieter die Energieeffizienz ihres Gebäudes sowie die energetischen, aber auch finanziellen Einsparpotenziale berechnen lassen. Das Webportal soll eine Community für den Klimaschutz aufbauen, in der die unterschiedlichen Zielgruppen wie z. B. Hausbesitzer, Handwerker, Energielieferanten und Förderinstitutionen zueinander finden.

Im Klimaschutz gibt es zwar kein Patentrezept, aber doch oft viele gute Vorbilder. Im Brandenburgischen Städte-Netzwerk Energieeffiziente Stadt und Klimaschutz, kurz BraNEK, tauschen sich die Städte Brandenburg an der Havel, Cottbus, Eberswalde, Frankfurt (Oder), Jüterbog, Luckenwalde und Neuruppin daher über bereits laufende lokale Maßnahmen aus. Das Netzwerk dient somit als Plattform für Lernen und Qualifizierung aus Praxiserfahrungen. Im nächsten Jahr werden dann kommunale Klimaschutzstrategien über einen Instrumentenkoffer und ein übertragbares Monitoringsystem gemeinsam weiterentwickelt.

Zum Klimaschutz können nicht nur regenerative Energien einen Beitrag leisten, sondern auch Kulturlandschaftspflege wie hier im Spreewald oder innovative Beratungsangebote wie die Webseite www.klima-altoetting.de.

Gute Beispiele sind überall zu finden:

Kleinstädte schreiben Kooperation groß

Nicht nur in den Klein- und Mittelstädten, die sich an der Nationalen Stadtentwicklungspolitik beteiligen, werden Strategien zum Umgang der Kommunen mit dem demografischen Wandel erprobt. Andere Beispiele sind das Modellvorhaben „Region schafft Zukunft“ von BMVBS und BBSR oder die im Bauhaus Dessau konzipierte IBA Stadtumbau 2010 des Landes Sachsen-Anhalt.

Region schafft Zukunft

Leistungen ganz unterschiedlicher Art können die Bürger von Eggesin neuerdings systematisch austauschen: Die Zeitbank, die die Kleinstadt in Uecker-Randow im östlichen Mecklenburg-Vorpommern eingerichtet hat, macht es möglich. Im Landkreis Mansfeld-Südharz taten sich 34 Unternehmen und 13 Partnerschulen zusammen, um ein jugend.innovations.zentrum auf die Beine zu stellen. Nur zwei Beispiele, wie die Regionen Südharz-Kyffhäuser und Stettiner Haff seit Sommer 2007 im Rahmen des Modellvorhabens „Region schafft Zukunft“ versucht haben, nachhaltige Modelle für die aktive Gestaltung des demografischen Wandels zu finden. Der vollzieht sich in den ostdeutschen ländlichen Regionen schneller als irgendwo anders in Deutschland. Aber auch für viele westdeutsche Regionen gilt es, zukunftsfähige Konzepte zu finden: Gute Beispiele dafür werden jetzt auch in Nordfriesland und im Werra-Meißner-Kreis gesammelt. Voraussetzung für die Auswahl als Modellregion war die Vorlage eines demografischen Handlungskonzepts, das einen auf die Potenziale der jeweiligen Region abgestimmten Strategieansatz erkennen lässt. Dazu kommen in allen Modellregionen eine Fülle von Projektideen und viele engagierte Akteure, die sich für deren Umsetzung stark machen. Ein wichtiges Standbein war außerdem die Werkstatt Masterplan Daseinsvorsorge: Hier geht es um Zukunftskonzepte z. B. für die Angebote und Leistungen von Beratungs- und Bildungseinrichtungen, Verkehr und Gesundheitsversorgung. Was passiert, wenn trotz abnehmender Bevölkerung, alle Angebote beibehalten werden? Und welche Folgen hat ein unterschiedsloses Weniger? Über Extremszenarien und die Einschätzung ihrer Auswirkungen näherten die Teilnehmer sich realistischen Anpassungsstrategien an. Ein Handlungsfeld, das man in seiner Bedeutung nicht unterschätzen darf: Allein in Ostdeutschland gelten derzeit 14 von 21 Oberzentren als gefährdet – viele von ihnen Klein- und Mittelstädte. Ihre Tragfähigkeit zu verbessern, ist eine Zukunftsaufgabe. Kreative und innovative Ansätze dafür werden in den vier Modellregionen – wie auch in mehreren Pilotprojekten der Nationalen Stadtentwicklungspolitik – getestet.

17 + 2 = Zukunftslandschaft

Seit 2002 werden im Rahmen der IBA Stadtumbau 2010 Konzepte für die stetig schrumpfenden Städte Sachsen-Anhalts ersonnen. Noch bis in den Herbst hinein sind jetzt in den 19 Teilnehmerstädten Präsentationen des aktuellen Arbeitsstandes zu sehen. 17 von ihnen sind Klein- und Mittelstädte, und alle leiden unter ähnlichen Phänomenen: weniger Arbeitsplätze – weniger Menschen – mehr Ältere – mehr Leerstand – zu viele Gebäude – zu viel Infrastruktur. Keine Bauausstellung im klassischen Sinne konnte also dabei herauskommen, sondern eher die Momentaufnahme von Kommunen im Transformationsprozess. Dass die Städte diesen aktiv gestalten statt ihn zu erdulden, ist eines der positiven Ergebnisse der IBA Stadtumbau. Das zweite: Nicht externe Konzepte wurden in den Städten umgesetzt, sondern Projekte, die von den Akteuren in den Kommunen selbst entwickelt wurden. Das Spektrum der IBA-Themen ist dabei so vielfältig wie die beteiligten Städte. Es geht um Stadtformen und Landschaft, Bildung, bauliches Erbe und Identität. Ob kooperative Netzstadt wie in Bitterfeld-Wolfen oder Lern- und Bildungspfade wie in Lutherstadt Wittenberg: Zahlreiche IBA-Projekte machen Konturen der Kleinstadt der Zukunft sichtbar. Jede Gemeinde verfolgt in der Umsetzung ihre eigene, maßgeschneiderte Strategie – und so steigt die Wahrscheinlichkeit, dass der eingeschlagene Entwicklungspfad auch über 2010 hinaus verstetigt wird.



Nationale Stadtentwicklungspolitik

Notizen zum 2. Erfahrungsaustausch der Pilotprojekte

Ankommen, losfahren oder letzte Vorbereitungen für die Reise treffen: Die rund 75 Pilotprojekte der Nationalen Stadtentwicklungspolitik befanden sich Ende letzten Jahres in ganz unterschiedlichen Situationen. Für 26 von ihnen war der Förderzeitraum bereits abgelaufen, sie hatten ihren „Zielbahnhof“ schon erreicht. Die anderen standen am Beginn ihrer Reise. Da passte es, dass der zweite Erfahrungsaustausch der Projekte am 26./27. November 2009 im ehemaligen Wartesaal des Hamburg-Harburger Bahnhof stattfand. Es war Zeit für einen ersten Rückblick und die Weitergabe von Erfahrungen. Zeit auch, um einen Blick in die Zukunft der Nationalen Stadtentwicklung zu werfen. Schließlich Zeit, um sich einmal mit der Zeit als Generalthema für Stadtentwicklung auseinanderzusetzen. Heterogen und vielfältig ist das Feld der Pilotprojekte. Fast alle jedoch zeichnen sich durch innovative Ansätze und die Erprobung neuer Kooperationsformen aus. Im Blick zurück auf die bereits beendeten 26 Pilotprojekte zeigte sich deutlich, dass für gelingende Kooperationen bestehende Verfahren, Handlungsansätze und Instrumente immer wieder angepasst werden müssen. Das Geheimnis des Erfolges: Offenheit der beteiligten Akteure (die hart erarbeitet werden muss), verbunden mit hohem individuellem Engagement und Mut innovative Prozesse zu entwickeln und auch umzusetzen. Wenn es dann noch gelingt, Menschen, vor allem aus benachteiligten Bevölkerungsgruppen, aktiv einzubinden, kann Stadtentwicklung zum Stadtgespräch und das eigene Handeln als Gestaltungsmotor des Lebensumfeldes erkannt werden. Doch was heißt eigentlich Innovation in der Stadtentwicklung? In einer Podiumsdiskussion ging man zunächst dieser Frage

nach. Innovation entsteht vor allem durch intelligente Verbindung existierender Bausteine. Wer demografischen Wandel, die Klima- oder Bildungsdebatte mit dem lokalen Kontext verknüpft, kann innovativ projektieren. Gerade an solchen Punkten zeigt sich die Bedeutung der Nationalen Stadtentwicklung als Testfeld. Einhellung wurde festgestellt, dass die Pilotprojekte Laboratorien einer an Zukunftsaufgaben orientierten Stadtentwicklung sind.

Wer prozessorientierte Stadtentwicklung betreibt, kennt den „Zeitfaktor“ nur zu gut. Für die Pilotprojekte mit ihren vielen involvierten Akteuren gilt das ganz besonders. Die Zeitlogiken und Tempi aller Beteiligten zu koordinieren ist eine komplexe Managementaufgabe. Nicht nur in einer weiteren Podiumsdiskussion, sondern auch in den sogenannten „Stadt-Cafés“ am zweiten Tag ging man deshalb dem Thema nach. Deutlich wurde, dass für die „Synchronisation“ der Akteure langfristig und kontextbezogen gedacht werden muss. Kleine Kommunen funktionieren anders als große. Der Einbau von Puffern und Flexibilität für spontane Entscheidungen kann helfen. Und für die Verstetigung des Projektes muss am Start das Ziel gleich mitgedacht werden. In zwei weiteren Runden der „Stadt-Cafés“ ging es schließlich um Formate gelungener Öffentlichkeitsarbeit und die Frage, wie Pilotprojekte nicht nur Eintagsfliegen bleiben, sondern nachhaltige Beiträge zur Stadtentwicklung leisten können. Das nächste Mal treffen sich die Pilotprojekte zum vierten Bundeskongress der Nationalen Stadtentwicklungspolitik am 27./28. September in Nürnberg – dort, wo die Fahrt des „Adler“ 1835 das Eisenbahnzeitalter in Deutschland eingeläutet hat. Also dann: die Reise geht weiter.



Mein Lieblingsort

Regula Lüscher: Tempelhofer Park



Berlin hatte einen innerstädtischen Flughafen. Dieser wurde am 31.10.2008 geschlossen. Seither blieb das Feld unzugänglich. Eine grüne Brache, umzäunt. Am 8. Mai 2010 wurden um 08.45 Uhr die Tore zu diesem Tempelhofer Feld für die Bevölkerung geöffnet. Von diesem Moment an wurde aus dieser Brache ein städtischer Ort. Von diesem Moment an strömten Menschen auf diese riesige „Wiese“. Mit einem Volksfest und hunderten von Akteuren wurde der Tempelhofer Park eröffnet. Menschen unterschiedlichen Alters und Herkunft nahmen den Park in

Besitz, als Volksläufer, Volleyball-, Tennis-, Fußballspieler, als Teilnehmer an einem Kung Fu-, Qi Gong- oder Yoga-Workshop, als Boule-Spieler, Skater oder Radfahrer. Der Park wurde mit Drachenfliegern, Grillen, Gitarre, Kinderwagen oder einfach mit ein paar guten Turnschuhen beim Joggen eingeweiht.

Ich bin, wann immer möglich, für ein paar Minuten, eine halbe Stunde seither im Tempelhofer Park. Wenn Urbanität Offenheit, Toleranz und Wandelbarkeit bedeutet, ist dies für mich im Moment der städtische Ort Berlins.

Durch die Öffnung wurde aus diesem Feld ein Park mit Regeln gegenseitiger Rücksichtnahme aber gleichzeitig ein Möglichkeitsraum. Warum diese grüne weite Fläche so städtisch ist, hat damit zu tun, dass dieser Ort eine prägnante unverwechselbare Form hat, gefasst ist am Horizont durch das gigantische Flughafengebäude und die Silhouette der angrenzenden Stadtquartiere. Die Landebahnen, der Taxiway sind „Gebrauchsspuren“, die sofort in städtisches Leben transformiert wurden, durch laufende, joggende, skatende und Fahrrad fahrende Berliner. Unser Kampf um die Öffnung war ein Kampf für das Städtische. Entstanden ist die Anmutung einer „Entspannten Stadt“.

Regula Lüscher ist Senatsbaudirektorin in Berlin und Mitglied des Kuratoriums Nationale Stadtentwicklungspolitik beim BMVBS.

Reinhard Thies: Gemeindehaus als Nachbarschaftszentrum

In einer mittelhessischen Industriestadt hat sich eine Kirchengemeinde auf den Weg gemacht, Gemeindegarbeit neu zu verstehen. Es handelt sich dabei um ein Soziale-Stadt-Gebiet, in dem Umbrüche und Armutfolgen aufgetaucht sind. Dort hat man gesagt: „Wir öffnen die Kirche und krepeln das Gemeindehaus um und machen es zu einem Zentrum des Stadtteils.“ „Unsere Kirche zu einer Herberge für alle machen“, so definieren es die Beteiligten. Das heißt, sie kümmern sich nicht mehr nur um den „Verein der Christen“, der sich bisher in und um das Kirchengebäude gruppierte, sondern man hat gesagt: „Wir wollen ein Nachbarschaftszentrum für alle aufbauen.“ Schlüsselpersonen des Stadtteils zusammen mit der Kirchengemeinde haben sich aktiv dafür eingesetzt, dass dieser Standort in das Programm Soziale Stadt aufgenommen wurde. Über einen starken Impuls aus der örtlichen Kirche hat sich eine breite Lobby im und für den Stadtteil entwickelt. Das Diakonische Werk hat inzwischen zusammen mit einem Planungsbüro das Quartiermanage-

ment übernommen, Kirche bleibt also Schlüsselakteur in einem breit aufgestellten interkulturellen Netzwerk. Das trifft für mich den Kern von Urbanität – ein Ort des zivilgesellschaftlichen Diskurses an dem Stadtgesellschaft sich erfahren kann, durchaus konfliktfreudig, aber ohne auszugrenzen. Es sind diese Orte, wie das Nachbarschaftszentrum, die Offenheit und Toleranz als Grundbedingungen städtischen Zusammenlebens immer wieder neu erfinden.



Reinhard Thies ist Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit e. V., die ein Pilotprojekt zur Aktivierung von Zivilgesellschaft in der Sozialen Stadt durchgeführt hat (siehe auch S. 7)

Nationale Stadtentwicklungspolitik vor Ort.

- **bis 01.08.2010, Di-Fr 12.00-19.00 Uhr, Sa-So 14.00-19.00 Uhr | Berlin, DAZ:**
OPEN SCALE young & local ideas München 2009 – die Ausstellung dokumentiert die Besonderheiten und den Prozess eines gleichnamigen interdisziplinären Ideenwettbewerbs zur zukünftigen Stadtentwicklung Münchens. Ob nachhaltig, utopisch oder radikal – OPEN SCALE zeigt ungewöhnliche Perspektiven auf Münchens Zukunft.
www.daz.de
- **02.07.-26.11.2010, Mo-Fr 10.00-18.00 Uhr | Hamburg, Haus der Jugend Kirchdorf:**
Info-Point der Bildungsoffensive Elbinseln – in einem eigenständigen Informationszentrum sind Multiplikatoren, Interessierte und Bewohner zu Information, Dialog und Mitgestaltung eingeladen. Die Bildungsoffensive Elbinseln will eine vielfältige Bildungslandschaft für alle Bewohnerinnen und Bewohner schaffen.
www.iba-hamburg.de
- **03.07.2010, 14.00 Uhr | Bremen, Hansator 1 (Abfertigung)**
Die Bremer ZwischenZeitZentrale präsentiert sich bei einem Tag der Offenen Tür und zeigt, wie sich Zwischen-nutzungen in leerstehenden Gebäuden und Brachflächen realisieren lassen.
www.zzz-bremen.de
- **16.07.2010, 19.00 Uhr | München, Architekturklub im ehemaligen Karstadt am Dom:**
Eröffnungsveranstaltung der Fünften Architekturwoche München A5 – Pecha Kucha Nacht zum Thema Umbruch. Abbruch.Aufbruch u. a. mit Oberbürgermeister Christian Ude, Stadtbaurätin Dr. Elisabeth Merk und den OPEN SCALE-Finalisten.
www.architekturwoche.org/a5/muenchen
- **18.07.2010, ab 14 Uhr | München-Freiham, auf den Feldern:**
Agropolis München, Sieger des Ideenwettbewerbs OPEN SCALE – ein Krautgarten und Produkte von Landwirten aus der Region bieten einen Vorgeschmack auf den Agrikulturpark und ein neues Freiham. Eine virtuelle Führung des Referats für Stadtplanung und Bauordnung lässt den zukünftigen Stadtteil für 20.000 Bewohner auf dem freien Feld entstehen.
www.agropolis-muenchen.de
- **23.07.2010, nachmittags | Mannheim, Jungbuschhalle plus X:**
Planungswerkstatt zum Freizeitgelände Werftstraße – Kinder, Jugendliche und Erwachsene entwickeln gemeinsam Gestaltungsideen und Zukunftsvisionen für das Freizeitgelände an der Jungbuschhalle plus X.
Ansprechpartner: sonja.jakob@mannheim.de
- **05.08.2010 | Leipzig, Alte Messe**
Öffentliche Preisverleihung: Das Pilotprojekt BioCity Campus ist ausgewählter Ort im Wettbewerb „Deutschland – Land der Ideen“
www.izi.fraunhofer.de
- **11./12.09.2010, 10.00-18.00 Uhr | Wörth am Rhein:**
2. Umweltmesse Wörth – das Pilotprojekt „EnergieAgentur Speyer-Neustadt/Südpfalz“ gewinnt neue Netzwerkpartner und veranstaltet eine Messe mit Vortragsprogramm. Eintritt frei.
www.energieagentur-sp-nw-suedpfalz.de
- **01.10.2010 | Berlin, Kraftwerk Mitte:**
Ausstellungseröffnung „REALSTADT Wünsche als Wirklichkeit“ – Was ist Wünschen? Was ist Planen? Was ist Bauen? Entlang dieser Fragen zeigen Stadt- und Architekturmodelle die Potenziale deutscher Städte und einer Stadtentwicklungspolitik zwischen koordinierter Planung und der Offenheit für individuelle Ideen.
www.realstadt.de
- **14.10.2010, 19:00 Uhr | Berlin, Architekturforum der TU Berlin:**
Ausstellungseröffnung „Stadtvisionen 1910/2010“ – Anlässlich des 100jährigen Jubiläums der „Allgemeinen Städtebau-Ausstellung Berlin 1910“ wird das Themenfeld Städtebau einer breiteren Öffentlichkeit anschaulich gemacht. Berlin wird im Kontext weiterer Großstädte – Paris, London und Chicago – als internationales Kompetenzzentrum für Städtebau gestern (1910) und heute (2010) präsentiert.
www.architekturmuseum.ub.tu-berlin.de
- **05.11.2010, Berlin | Kraftwerk Mitte:**
2. Hochschultag Nationale Stadtentwicklungspolitik – veranstaltet vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung im Rahmen der Ausstellung „REALSTADT Wünsche als Wirklichkeit“ um den Dialog zwischen Wissenschaft und Politik zu stärken.
www.nationale-stadtentwicklungspolitik.de

Bildnachweis:

Titel, 16, 18, 23: Doreen Ritzau

U1/U3, 17: Georg Balzer, stadtlandprojekte

3, 4, 5 r.: Lutz Wüllner

5 l. u. m. Astrid Schörner

6/7 Copyright bei den Projekten und ihren Grafikbüros

8/9 Göran Gnaudschun

11 o. Landkreis Birkenfeld, Michael Dietz, u. Stadt Baumholder

12 o. Milena Schlösser, u. Stephan Willinger

13 o. Gregor Langenbrinck, m. Gabriele Schönfelder, u. Schader-Stiftung

14/15 Stadt Neustadt

18 © OpenStreetMap contributors, CC-BY-SA, Urbanizers

19 o. Regionalmanagement Ingolstadt, u. Senatsverwaltung für
Stadtentwicklung

20, 21 o. und u. Görlitz Kompetenzzentrum Revitalisierender Städtebau

21 2. v.o. Michael Werner Nickel / pixelio.de, 3. v.o. Stadt Crimmitschau

22 l.o. Regioklima, u. Unternehmensgruppe dezentrale Energie,
r. Stadt Vetschau

24 Stefan Widdess

25 o. Mike Wollf / Tagesspiegel, u. Hans-Georg Langenbrinck





**Bundesinstitut
für Bau-, Stadt- und
Raumforschung**

im Bundesamt für Bauwesen
und Raumordnung



Herausgeber

Bundesministerium für Verkehr,
Bau und Stadtentwicklung (BMVBS)
Invalidenstraße 44
10115 Berlin

Bundesinstitut für Bau-, Stadt-
und Raumforschung (BBSR)
im Bundesamt für Bauwesen
und Raumordnung (BBR)
Deichmanns Aue 31–37
53179 Bonn

Bearbeitung

Urbanizers
Büro für städtische Konzepte
Marie Neumüllers,
Corinna Kennel, Lutz Wüllner, Max Bracke

Bundesinstitut für Bau-, Stadt-
und Raumforschung (BBSR)
im Bundesamt für Bauwesen
und Raumordnung (BBR)
Stephan Willinger

Gestaltung und Satz

re-do.de, Dessau
Doreen Ritzau

Druck

Druckerei Conrad GmbH, Berlin

Bestellungen

nationale-stadtentwicklungspolitik@bbr.bund.de

Nachdruck und Vervielfältigung

Alle Rechte vorbehalten

Juni 2010